

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21.01.2015, S. 3

Schuldenberge mit Alpenblick

Viele deutsche Kommunen haben Kredite in Franken aufgenommen, um Zinsen zu sparen. Das galt lange als geschickt und modern. Jetzt aber haben die Stadtkämmerer ein Problem. *Von Reiner Burger und Rüdiger Soldt*

ESSEN/LÖRRACH, 20. Januar

Es ist erst ein paar Tage her, dass Lars Martin Klieve sicher war, die Sache im Griff zu haben. Am 7. Januar schrieb der Kämmerer der Stadt Essen den „Jahresbericht Schweizer Franken 2014“. Jeweils zu Beginn eines neuen Jahres muss Klieve dem Finanzausschuss des Rats Rechenschaft über die Entwicklung der Verbindlichkeiten ablegen, die Essen bei mehreren Schweizer Banken eingegangen ist. Fremdwährungskredite in Höhe von 450 Millionen Schweizer Franken sind im Laufe der Jahre zusammengekommen. Eine Zeit lang war das ein interessantes Umschuldungsmodell für die Stadt, die mittlerweile mit mehr als drei Milliarden Euro in der Kreide steht. Denn in der Schweiz war das Zinsniveau niedriger als in Deutschland. Das Wechselkursrisiko schien im Vergleich mit dem Zinsvorteil beherrschbar. Und noch Anfang Januar war sich Klieve in seinem Jahresbericht sicher, dass eine Franken-Abwertung unter eine Grenze von 1,20 Schweizer Franken je Euro „nicht droht“.

Doch nur einige Tage später, am Donnerstag vor einer Woche, gab die Schweizer Notenbank (SMB) den Franken-Kurs frei. Selbst für Fachleute kam das völlig überraschend. Die SMB konnte es sich nicht länger leisten, den Kurs zu stützen. Seitdem erlebe er „sicherlich die schwärzesten Tage“ seiner bisherigen Karriere als Kämmerer, sagt Klieve. Denn mit einem Mal hat Essen – zunächst nur buchhalterisch – einen hohen zweistelligen Millionenbetrag verloren. Die größte Stadt des Ruhrgebiets steht nicht alleine. Mehrere Dutzend Kommunen in Deutschland haben sogenannte Fremdwährungskredite aufgenommen. Unter ihnen sind auch Städte im Südwesten, an der Grenze zur Schweiz wie Lörrach, Bad Säckingen oder Konstanz. Der Gemeindefest Baden-Württemberg sieht darin lediglich eine „regionale Besonderheit“, die es wegen der wirtschaftlichen Verflechtungen von Südbaden mit der Schweiz gebe. In anderen Teilen von Baden-Württemberg seien Franken-Kredite dagegen kaum ein Thema. Tatsächlich summieren sich die Fremdwährungskredite im Südwesten nach Auskunft des Innenministeriums in Stuttgart auf insgesamt lediglich rund 66 Millionen Euro.

Eine auffällige Häufung der Finanzgeschäfte gibt es dagegen in Nordrhein-Westfalen und hier vor allem im Ruhrgebiet, wo viele Kommunen unter hohen Sozialausgaben und dem noch immer

nicht bewältigten Strukturwandel leiden. Nach Auskunft des Innenministeriums in Düsseldorf hatten Ende 2013 insgesamt 26 Kommunen Fremdwährungskredite in Höhe von 1,9 Milliarden Euro aufgenommen. Am unteren Ende der Skala rangiert Langenberg mit Auslandsverbindlichkeiten von rund 5,7 Millionen Euro, am oberen Ende finden sich diverse Ruhrgebiets-Kommunen wie Bochum (180 Millionen Euro), Gelsenkirchen (391 Millionen Euro) und eben Essen. Durch die Euroabwertung haben die Kämmerer dieser Kommunen nun deutlich höhere Schweiz-Verbindlichkeiten in ihren Haushalten, ihre Handlungsspielräume sind noch weiter eingeschränkt als ohnehin schon. Nur im unwahrscheinlichen Fall, dass der Franken im Vergleich zum Euro wieder stark abgewertet wird, bleiben den Bürgern der betroffenen Kommunen in Nordrhein-Westfalen Verluste in insgesamt dreistelliger Millionenhöhe erspart.

Die Idee, die Zinslast schuldengeplagter Kommunen durch Fremdwährungskredite zu senken, kam um die Jahrtausendwende auf. Fortan galt sie für eine Zeit als beinahe vorbildliche Praxis. Im Oktober 2007 veröffentlichte der Städte- und Gemeindebund NRW gemeinsam mit der landeseigenen NRW-Bank eine Handreichung mit Hinweisen, wie Kommunen „durch ein geschicktes Finanzmanagement Einsparpotentiale realisieren und Handlungsspielräume zurückgewinnen können“, wie es im Vorwort hieß. Zur „Schuldenoptimierung“ empfahlen die Autoren ausdrücklich auch Fremdwährungskredite. Klieve, damals noch Kämmerer von Gelsenkirchen, schwärmte in seinem Beitrag für die Broschüre von einer „Art Spardoseneffekt“. Zugleich mahnte er aber auch: Um Risiken wirksam zu begrenzen, bedürfe es einer „regelmäßigen, zeitnahen Kontrolle“.

Einen ersten schockartigen Eindruck von den Risiken bekam Klieve, wenige Monate nachdem er in Essen Kämmerer geworden war. Im Sommer 2010 kam im Essener Rathaus Nervosität auf, weil der Euro im Vergleich zum Franken deutlich nachgab. Essen hatte seine Schweiz-Kredite einst aufgenommen, als ein Euro noch 1,50 Franken wert war, nun war der Kurs auf 1,30 abgerutscht. Klieve empfahl damals, Ruhe zu bewahren, die Franken-Kredite einfach in Franken zu verlängern, statt sie für einen deutlich erhöhten Eurobetrag abzulösen, und den Zinsvor-

teil weiter zu nutzen. „Ich werde da nicht panisch, sondern vertraue darauf, dass sich der Euro stabilisiert“, sagte er damals. Doch gelohnt haben sich die Franken-Kredite für Essen auch lange vor der überraschenden Kursfreigabe der Schweizer Notenbank am Donnerstag nicht mehr. In seinem aktuellen Jahresbericht muss der Kämmerer mitteilen, dass dem Gesamtvorteil aus allen seit dem Jahr 2002 getätigten Franken-Geschäften in Höhe von 50,3 Millionen Euro zum 31. Dezember 2014 Wechselkursverluste von 92,7 Millionen Euro gegenüberstehen. Die einzig tröstliche Nachricht Klieves für die Mitglieder des Finanzausschusses: Anders als der Zinsvorteil sind die Wechselkursverluste bisher nicht realisiert, weil die Kredite einstweilen in Franken weiterlaufen.

In der südbadischen Stadt Lörrach, direkt an der Schweizer Grenze im Einzugsgebiet von Basel gelegen, ist man froh, die Probleme der Großstadt Essen nicht zu haben. „Das sind ganz andere Dimensionen. Bei uns ist es ärgerlich, aber wir verlieren durch den neuen Wechselkurs nur 50 000 Euro“, sagt Stadtkämmerer Peter Kleinmagd. Lörrach, das insgesamt mit 18 Millionen Euro verschuldet ist und die Hälfte dieses Betrags am Schweizer Finanzmarkt aufgenommen hat, begann schon vor Jahrzehnten damit, die Kreditabhängigkeit von der Schweiz zu verringern. „Die Unterschiede zwischen dem Euroraum und der Schweiz beim Zinsniveau waren irgendwann ja auch nicht mehr so hoch.“ Ein Kredit in Höhe von 2,7 Millionen Schweizer Franken wird für Lörrach erst 2023 zur Tilgung fällig. Bei dem zweiten Kreditvertrag in Höhe von acht Millionen Franken habe man die Tilgung bei dem Schweizer Institut vorerst ausgesetzt.

Kleinmagd kann der Kreditaufnahme in der Schweiz durchaus positive Seiten abgewinnen. „Wir haben ausrechnen lassen, dass wir zwischen 1980 und 2004 etwa eine Million Euro an Zinszahlungen gespart haben.“ Für Lörrach, eine Stadt mit knapp 50 000 Einwohnern, die von der Basler Chemie- und Pharmaindustrie stark profitiert, wäre die Situation schlechter, wenn auch die Eigenbetriebe sich am Schweizer Kreditmarkt bedient hätten. Stadt und Eigenbetriebe sind nämlich insgesamt mit 90 Millionen Euro verschuldet.

Die kleine Kurstadt Bad Säckingen am Hochrhein trifft es wesentlich härter. Die Stadt muss die Kreditaufnahme in der Schweiz vor fast zwanzig Jahren am Ende

des Jahres wahrscheinlich mit einer deutlich höheren Verschuldung bezahlen. „Wir haben Kredite in Höhe von 12,9 Millionen Schweizer Franken“, sagt Stadtkämmerin Bettina Huber. „Wenn wir Pech haben, werden wir am Jahresende also zwei Millionen Euro zusätzliche Schulden haben.“ Die von dem sozialdemokratischen Bürgermeister Alexander Guhl regierte Kurstadt mit 16 000 Einwohnern verfügt über Gewerbesteuererinnahmen in Höhe von sieben Millionen Euro. „Eigentlich hatten wir für Ende 2015 mit 28,1 Millionen Euro Schulden kalkuliert, je nachdem, wie sich der Wechselkurs entwickelt, werden es nun 30 Millionen Euro sein“, sagt Huber. Anfang der neunziger Jahre habe man darauf gesetzt, Zinsen zu sparen. Für die Liquidität der Stadt bedeute es nichts – was schwer zu glauben ist, denn die Kurstadt darf schon jetzt keine neuen Kredite mehr aufnehmen.

In Essen räumen Kämmerer Lars Martin Klieve (CDU) und der sozialdemokratische Oberbürgermeister Reinhard Paß

gemeinsam ein, dass die Franken-Abwertung „schwerwiegende Folgen“ für die Finanzen der Stadt haben könne. „Aber Panikreaktionen sind nicht angezeigt. Vielmehr werden wir gemeinsam mit der Politik sorgfältig und gut überlegen und abwägen müssen, wie wir weiter vorgehen.“ Am späten Dienstagnachmittag wollte Klieve dem Finanzausschuss „verschiedene Optionen“ vorlegen. In einer Sondersitzung soll der Ausschuss intensiv darüber diskutieren.

Mahnende Stimmen zu den Schweiz-Geschäften gab es schon vor dem Kurs-Schock am Donnerstag vor einer Woche. „Wenn das mal gutgeht...“, überschrieb der Bund der Steuerzahler Anfang September eine Pressemitteilung. André Kuper, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag, wollte im Juli von der rot-grünen Landesregierung in einer kleinen Anfrage wissen: „Welches Risiko liegt in Fremdwährungskrediten der Kommu-

nen?“ Kuper war früher Bürgermeister der kleinen Kommune Rietberg bei Gütersloh. Er kann sich noch gut erinnern, wie Banker versuchten, Bürgermeistern und Kämmerern bei Beratungsveranstaltungen Kredite in Schweizer Franken schmackhaft zu machen. Kuper ging nie darauf ein, denn er ist überzeugt, dass mit Steuergeld nicht spekuliert werden darf. Die Kommunen seien in erster Linie selbst für ihre Franken-Verluste verantwortlich. „Aber das Land trägt eine Mitschuld.“ Die Landesregierung dagegen verweist auf die kommunale Selbstverwaltung. Auf Kupers Frage, ob sie „Handlungsbedarf zur Begrenzung sogenannter Fremdwährungskredite“ sehe, antwortete der auch für Kommunales zuständige Innenminister Ralf Jäger (SPD) im vergangenen Sommer kurz und bündig mit „Nein“. Ob der Minister das auch angesichts der neuen Entwicklung noch so sieht, wird sich am Freitag zeigen, wenn er im Kommunalausschuss zum Thema sprechen will.